

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

133 (11.6.1919)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfach monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.00 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bzw. 4.32 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/28—1/21 und 2—1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile od. deren Raum 25 A, zugügl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/29 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Zur Besinnung.

Karlsruhe, 11. Juni.

Untere deutsche Revolution, in den meisten Ereignissen und Verhältnissen sehr unähnlich den Revolutionen früherer Zeiten, summt in dem Punkt mit jenen überein, unpopulärer und verhängnisvoller zu werden, je weiter ihre Liquidationsprozesse fortgeschritten. Das Verfahren gegen Lebins-Rissen, einzuweisen das letzte Blatt der deutschen Revolutionsgeschichte, ist in der Art seiner Durchführung so ungeschicklich der traurigste Mißfall in die herkömmlichen Sandhörungen antirevolutionärer Symposien.

Was in aller Welt rechtfertigt die Beurteilung Lebins durch ein Standgericht? Diese Notwehrmaßnahme ist die traurigste Zustände einer Regierung oder Militärbehörde in Zeiten tumultuöser Aufregung. Standgerichte einzusetzen und mit den Angeklagten kurzen Prozeß machen, das konnte ein preußischer Stappkommandant, das kann ein sozialistischer Säufliker, der einmal den Speer umdrehen will, auch. Wenn eine sozialistische Regierung sich dieses Mittels bedient, so muß sie geschäftlich Grund dafür haben, und die bayerische Regierung hat keinen einzigen. Die Dreiwochenherrschaft der Diktaturformeln ist vorbei. Das diele oder andere Schicksal von ihrem Reichstag nach einmal Bayern bestrafen werden, ist ausgeschlossen. Rängt hat sich die Revolutionskommission zur Richtschnur des Alltagslebens abgeklärt. Da haben die normalen Rechtsinstanzen über alle unerledigte Rechtsfälle zu entscheiden und die Regierung hat die bedammende Pflicht und Schuldigkeit, ihnen diese Obhut nicht verweigern zu lassen. Mit Verhöhnungen von dem Wuch Lebins, Wüßkau etc. kann die bayerische Regierung doch hoffentlich noch ohne Ausnahmegerichte fertig werden.

Welcher Inhalt Lebins aber auch immer überantwortet wurde, zum Tode verurteilt werden dürfte er nur, wenn ihm ein bewiesenes Verbrechen von drei Delikten oder mindestens eines von diesen nachgewiesen worden wäre. Ad 1 wäre zu beweisen gewesen, daß er die Verhaftung und Ermordung der Geiseln betraugt habe. Es hätte ad 2 bewiesen werden müssen, daß mindestens eine schuldlose Person durch direkte Anführung seiner Anordnungen umgekommen ist, ad 3 wäre festzustellen gewesen, daß es auf sein Betreiben zum Schußplatz um die Herrschaft in München kam. Ein Lump wie Engelhofen, der den Geiselmord verurteilt hat, der Moskauer Lebins, der von vornherein seine Maßnahmen unter die Marine: „Mann gegen Mann, Brust gegen Brust, Stich gegen Stich“ stellte und der auf den Kampf gegen die Regierungstruppen bestand, die haben Todesstrafe verdient. Verbrechen dieser Art fallen nicht mehr unter die Kategorie politischer Verbrechen. Bei Lebins oder Scheidel Punkt 1 u. 8 völlig aus und hinsichtlich Punkt 2 ist ihm nicht zu beweisen gewesen, daß jemand auf seine direkte Anordnung hin das Leben eingebüßt hat.

Staatsanwalt und Gericht belassen Lebins auch nicht mit dem Vorwurf des direkten, sondern nur des moralischen Verhältnisses an Tod und Unglück vieler Menschen. K. Verbrechen dieser Art fallen nicht mehr unter die Kategorie politischer Verbrechen.

Dieses Erkenntnis verleiht völlig die Ehre der Rechtswissenschaft und der juristischen Praxis. Nur die selbst begangene Straftat oder die Verleitung und Anstiftung zu ihr hat der Richter an dem Rechtsübertrager zu ahnden. Die moralischen Motive dürfen nur bei der Strafzumessung eine Rolle spielen, nachdem die Beurteilung selbst aus jenen Gründen erfolgt ist. Ein „ordentliches“ Gericht wäre nicht zu dem Spruch gegen Lebins gekommen und hätte es ihn doch gewollt, so würde die Verurteilung unterstellt von dem Druck der aufgeregten öffentlichen Meinung, schon für die Aufhebung des Urteils gestanden haben. „Moralische“ Schuld, was ist das? Ein sehr zerknirschtes Ding, ein dorniges Problem. Wer will mit Sicherheit ausmachen, was alles und wer alles in den Vorgängen in München moralisch schuldig ist? Der Versuch dazu könnte ihn in Denkschwermühen und Problem-Schwierigkeiten bringen, um deren Lösung ganz andere Geister als da in Münchener Standgerichte vertreten waren, sich das Hirn vergeblich gerackert haben. Was diese Herren von der moralischen Schuld gesprochen haben völlig ohne Erläuterung des Begriffs — bedeutet nichts als eine Anrede, als eine klagliche Verlegenheitskonfession, als eine gewöhnliche Verleumdung der Lebinschen Affäre.

Die Regierung Hoffmann hat das Todesurteil antizipiert. Da stimmt etwas nicht, denn die Einsicht in die politischen Nachteile hat das bayerische Kabinett sehr wohl gehabt. Sie hatte Energie nach ultra links genau bewiesen, zur letzten „peinlichen Gaskaktion“ wie man im Mittelalter von der Hinrichtung sagte, hätte sie es nicht zu kommen lassen brauchen. Das Moment, welches die Unmännlichkeit Hahnengebracht, liegt klar zutage. Die Regierung hat offenbar nicht die Energie gehabt, dem Druck der Militärpartei auf Vollstreckung der Todesstrafe, Widerstand zu leisten. Man kann sich so ungefähr denken, obgleich vorläufig nichts darüber bekannt ist, was die Generalität vor der Kabinetsitzung zur Regierung Hoffmann gesagt hat. Sie wird schon mit der nächsten Deutlichkeit auf die Katastrophe hingewiesen haben, daß München durch Militär vom Spartakus befreit werden ist und der Wunsch auf Ersetzung des Standgerichts wird in

ungefähr in das Kommando „Töt ihn“ ausgelassen sein. Die Generalität ist bereits wieder — und daran irrt Spartakus die Hauptschuld durch die aufgezwungene Notwendigkeit, sich gegen seinen Terror militärisch zu schützen — die Generalität ist wieder zu einer Kommando von beängstigender politischer Macht gekommen. Bevor noch die Entente um von ihr befreit, muß ihr endlich und gründlich bedeutet werden, daß sie für den Schutz, den sie dem Lande leistet, keine Gegenleistung in Form politischer Kompetenzen zu beanspruchen hat. Und diese Botschaft wird wohl nicht nur in München nötig sein, denn es vergeht kaum eine Woche, ohne daß ein General oder gleich die gesamte „Oberste Heeresleitung“ sich Maßnahmen gestattet, die den Besitz der politischen Alleinhegemonie zur Voraussetzung haben.

Lebins Tod kann indessen doch noch ein Gutes haben. Zu hart bestraft für ein immens reichliches Sündenkonto, darf sein Tod die stellvertretende Schuldablösung für die armen Soldaten sein, die nun noch — halb lührend, halb verflucht, halb überzeugt, halb überzürpelt — der Aburteilung entgegensehen. Eine Warnung und eine Lehre sollte er unter allen Umständen sein. Das Standgericht hat außer Funktion zu treten. Und dann bestimme man sich in den sozialistischen Regierungen, daß es noch so etwas wie eine Parteiverantwortung gibt, die das Gesetz von Sinai in die Fortsetzung des Erfurter Programms: „Wir verlangen die Abschaffung der Todesstrafe“ umgeprägt hat, daß gar noch politische Verbrechen unter die Todesstrafe gestellt und daß eine soziale Regierung sie sanktioniert, soll nun aber endgültig aufhören. O-n.

### Um die deutschen Gegenvorschläge.

Amsterdam, 10. Juni. Die „Times“ melden aus Paris: Bezüglich der Abänderung des Friedensvertrages mit Deutschland, daß über die finanziellen Angelegenheiten und die Grenzen im Osten noch keine Entscheidung getroffen worden sei. Es sei wahrscheinlich, daß in der Entscheidungsfase ein Kompromiß getroffen würde. Die Kommission werde Deutschland statt im Januar 1921 einige Monate nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die endgültige Entschädigungssumme mitteilen.

Amsterdam, 10. Juni. Dem Pressebüro Radio zufolge melden amerikanische Blätter, daß endgültig entschieden worden ist, daß in Oberschlesien eine Volksabstimmung stattfinden wird.

Paris, 10. Juni. Neuter. Clemenceau, Orlando, Robert Cecil und Oberst Houze haben als Ergebnis gemeinsamer Beratungen empfohlen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn es den Friedensvertrag unterzeichnet und loyal durchführt und eine feste Regierung einsetzt. Es ist beschlossen worden, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge nicht vor dem 13. Juni übergeben werden soll und daß die Deutschen fünf Tage zur Erwiderung bekommen sollen.

Amsterdam, 9. Juni. Dem „Pressebüro Radio“ zufolge meldet „Newport World“: Obgleich man es nicht amtlich zugehen will, bleibt die Tatsache bestehen, daß eine wesentliche Abänderung des Friedensvertrages mit Deutschland vorgenommen wird. Verschiedene Punkte, auf die von den Deutschen Gewicht gelegt wird, werden eine Fassung erhalten, die man für einen geschlagenen Feind für annehmbar hält. Obwohl damit die Gefahr einer ernstlichen Krise erheblich vermindert worden ist, darf man nicht vergessen, daß die Erörterungen über diese Fragen noch nicht abgeschlossen sind. — „Newport Sun“ meldet, daß die Lage hinsichtlich der Abänderungen im Friedensvertrag beständig wechsele. Die Franzosen bestehen auf mindestens 50 Milliarden Dollar, die Engländer sind für 40 Milliarden und die Amerikaner wollen nicht über 30 Milliarden gehen. Es wird erwartet, daß die Amerikaner den ganzen Sommer über in Paris bleiben. Es ist möglich, daß sie sich wegen des Artikels 10 im Völkerbundsvertrag an der Unterzeichnung von Friedensverträgen mit Ländern, mit denen sie nicht in Kriege gewesen sind, beteiligen. Der Präsident hofft, gegen den 1. Juli nach Washington zurückzukehren, andernfalls wird er die Appropriationsbill in Paris unterzeichnen.

Paris, 11. Juni. Der „Temps“ meldet, daß der Vizepräsident, der in seinen vorhergehenden Sitzungen eine allgemeine Gesamtprüfung des deutschen Gegenvorschlags vorgenommen hatte, gestern vormittag die Prüfung der von den verschiedenen Ausschüssen vorgelegten Berichte über die einzelnen Fragen des deutschen Gegenvorschlags begonnen und gestern nachmittag fortgesetzt hat. Der Ausschuss für die Gesellschaft der Nationen konnte sich über die Bedingungen für die Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht einigen. Er beschloß sich darauf, dem Vizepräsidenten das Protokoll über die Diskussion zuzustellen. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde steht immer noch im Vordergrund der Presseerörterungen. „Liberte“ erklärt, Clemenceau verweigert kategorisch jede Abänderung vom ursprünglichen Entwurf. Wenn gleich die heutigen Nachrichten eine Entspannung der Lage erkennen lassen, so sei die Lage doch noch ernst, den bis in die letzten Tage sei der Vizepräsident vollkommen einig gewesen. Clemenceau energische Haltung scheint doch einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. — „Von Sotres“ berichtet sogar, man lege Clemenceau die Absicht bei, alles wieder in Frage zu stellen auf die Gefahr hin, sich mit den Alliierten zu überwerfen. Wohin steuern wir, fragt das Blatt. — „Journal des Debats“ erklärt, die ungeheure Mehrheit der Franzosen wolle die wiederliche Verbindung mit den Deutschen vermeiden. Das Blatt schreibt: Wir wollen nicht in einem Hause der Gesellschaft der Nationen bleiben, in welchem auch so viel verächtliche Leute Zutritt haben.

Berlin, 11. Juni. Wie der „Post. Fig.“ aus Rom berichtet wird, ist in Italien eine starke Stimmung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorhanden. Die Postrennung Italiens von den westlichen Verbündeten findet in der italienischen Presse immer entschiedeneren Ausdruck.

Washington, 11. Juni. Agence Sabas. Der Präsident des amerikanischen Kongresses ist gegen den Vorschlag, daß England und die Vereinigten Staaten Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs Hilfe leisten sollen. Er erklärt: Wenn der Völkerbund den Weltfrieden sichern soll, dann ist eine englisch-französisch-amerikanisches Nebenbündnis unnütz, da es nur das Mißtrauen in die Wirksamkeit des Völkerbundes beweisen würde. Wenn diese drei Länder ein besonderes Bündnis schließen wollten, sollten dann Deutschland, Rußland und Japan nicht auch ein solches tun?

Amsterdam, 11. Juni. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ zufolge hat der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ von maßgebender Stelle erfahren, daß der Vizepräsident, der vorgestern neuerdings über die polnische Frage verhandelte, beschlossen habe, in den kritischen Gebieten Oberschlesiens und Ostpreußens eine Volksabstimmung abzuhalten.

### Bekanntgabe der Friedensbedingungen in Amerika.

Washington, 10. Juni. Neuter. Präsident Wilson teilte dem Senat mit, daß es höchst unerwünscht sei, den Text des Friedensvertrages, über den noch verhandelt werde, und der noch Abänderungen unterworfen sei, zu veröffentlichen. Er fordert den Senat dringend auf, eine gründliche Untersuchung darüber anzustellen, wie ein Exemplar des Vertrages in die Hand von Privatpersonen gelangen konnte. Senator Durah legte heute im Senat ein Exemplar des Friedensvertrages vor, das durch einen Zeitungskorrespondenten nach Amerika gebracht worden ist. Der Senat ordnete mit 44 gegen 24 Stimmen an, daß der Friedensvertrag als öffentliches Dokument gedruckt werde.

Washington, 9. Juni. Neuter. Während der Senat noch auf eine Entscheidung seiner Forderungen nach einem vollständigen Text des Friedensvertrages wartet, veröffentlichen viele Zeitungen Textauszüge eines vollständigen Exemplars, welches der Korrespondent der „Chicago Tribune“ erhalten haben will und welches den vollständigen englischen und französischen Text enthält.

### Die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich.

„Der Post“ (unser holländisches Pariesblatt) vom 4. Juni nennt die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich gewaltig und rechtsverleidend. Durch die Abtrennung überwiegend deutsch besiedelter Gebiete in Tschechien und Italien würden allein schon zwei Fragen im Geiste einer eszoplobringischen geschaffen. Die Schuldfrage diene in Wirklichkeit allein zum Vorwande, um auf Kosten der deutsch-oesterreichischen Nation die kapitalistische Habgier und imperialistische Herrschgier der herrschenden Klassen der früheren Monarchien zu befriedigen, auf deren Handlungsergebnisse bei Sicherung ihrer Hegemonie die Entente rechte. Die Alliierten brächen auch Deutsch-Oesterreich gegenüber die Zusicherung eines Willensfriedens bei Abschluß des Waffenstillstandes auf das schmachlichste.

### Die Forderungen der französischen Arbeiterschaft.

Paris, 10. Juni. Nach dem „Berliner Tagblatt“ hat die Confédération Generale du Travail in ganz Frankreich eine Proklamation anhängen lassen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterschaft, sofortige Demobilisation der Armee, Amnestie für alle politischen Verurteilten, einschließlich der wegen Menecei bestrafte Soldaten und Matrosen, sowie Zurückziehung aller französischen Truppen aus Rußland Ungarn usw. verlangt wird. Sämtliche großen Gewerkschaften, auch die Eisenbahner und Grundbesitzer, haben erklärt, auf Beschluß der Confédération Generale du Travail die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmenden Meldungen würde der Generalstreik am 23. Juni erklärt werden.

Paris, 10. Juni. Die Pariser Abendblätter melden, daß die Kammer heute vormittag alle Artikel der Gesetzesvorlage auf Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken vom 16. Juni ab mit großer Stimmenmehrheit annahm. Als die Kammer die Vorlage en bloc annehmen wollte, erklärte Loucheur, daß die tatsächliche Arbeitszeit etwa 7 Stunden und 25 Minuten betrage die tatsächliche Arbeitszeit etwa 7 Stunden und 25 Minuten betrage und in der Förderung ein ungeheurer Ausfall entstehen würde. Die Regierung sei nicht in der Lage, die Vorlage anzunehmen und bitte, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuverweisen und eine zweite Lesung vornehmen zu lassen. Nach längerer Debatte, in der sozialistische Deputierte und der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses den Antrag Loucheurs bekämpften, beschloß die Kammer mit 351 gegen 183 Stimmen für morgen eine zweite Lesung anzufügen.

Berlin, 11. Juni. Mit Vorbehalt betzeichnen verschiedene Morgenblätter die Nachricht, daß der Generalstreik der französischen Arbeiterschaft am 23. Juni erklärt werden werde.

Paris, 10. Juni. Wie der „Populaire“ meldet, erwägt die Regierung die Requirierung der Pariser Untergrundbahnen, falls der Konflikt bis gestern abend nicht beigelegt wurde. „Populaire“ warnt die Regierung vor dieser Maßnahme, die einer Herausforderung gleichkommt. Die Regierung müsse jedenfalls die Folgen einer solchen bedauerlichen Haltung übernehmen.

### Streik in Italien.

Rom, 11. Juni. Dem „Secolo“ zufolge dauert der Streik in Neapel an und hat sich noch auf weitere Arbeitszweige ausgebreitet. Auch die Straßenbahnen haben vorgestern der Arbeit niedergelegt. In Rom soll die Streikbewegung, wie „Giornale della Sera“ meldet, im Abflauen begriffen sein. Der

**in Genua von Seeleuten mit Gewalt an der Ausfahrt ver-**  
hinderte Dampfer „Bodora“, der Munition nach Rußland zur  
Beförderung der Bolschewisten bringen sollte, ist auf Anordnung  
des Transportministers nach Gibraltar zur Lösung der La-  
dung dirigiert worden. Dem Verbands der Seeleute ist von  
der Regierung ausdrücklich versprochen worden, daß das Schiff  
nicht mehr zu Transporten von Kriegsmaterial nach Rußland  
verwendet werden solle. — Der für den 11. Juni angekün-  
digte Generalfreitag der italienischen Lehrerschaft konnte in letz-  
ter Stunde verhindert werden, da der Unterrichts- und der  
Schatzminister ihre Forderungen, die eine Mehrausgabe von  
über 40 Millionen Lire ausmachen, bewilligten.

**W.B. Bern, 11. Juni.** Auf dem republikanischen Kongreß  
in Rom wurde der Beschluß gefaßt, daß mit allen Mitteln die  
Möglichkeit der Regierung, die Wahlen schon im Juli nach dem  
möglichen Wählerverhältnis stattfinden zu lassen, bekämpft  
werden soll. Sollte die Regierung auf dem Plane bestehen, so  
werde die republikanische Partei die Initiative zur Einberu-  
fung der Konstituante ergreifen.

**R. Mailand, 10. Juni.** Der Streik in Mailand dehnt sich  
immer mehr aus. Die ganze Kambragna hat sich für die Fort-  
setzung des Streiks bis zum Neujahrstag erklärt. Die Be-  
setzungen erscheinen nicht. Von römischen und Mailänder Blät-  
tern wird die Ursache des Streiks in der Lebensmittelknappheit  
und der Unfähigkeit der Regierung gegenüber der kritischen  
wirtschaftlichen Lage gesucht. Giornale d'Italia schreibt, daß  
man den Eindruck habe, als würden die Regierungen der Al-  
liierten ruhig daneben, wie die Feuerung die Menschen immer  
mehr an den Rand der Verzweiflung treibe. Die Ausführenden  
in Rom haben der Regierung ein Ultimatum gestellt. In  
diesem bis zum 15. Juni nicht angenommen, wird der Generalfreitag  
erklärt.

**In Neapel** kam es verschiedentlich zu blutigen Zusammen-  
stößen zwischen Streikenden und Arbeitwilligen. Straßen-  
bahnwagen wurden gestürmt und die Polizei mit Steinen und  
Steinen angegriffen. Bei der Brücke San Donato war eine  
Barrikade errichtet, die erst im Laufe der Nacht nach heftigem  
Kampfe von den Truppen gestürmt werden konnte.

**Ausland in Duisburg.**

**W.B. Duisburg, 10. Juni.** Auf den rheinischen Stell-  
werken nahmen heute Morgen die Arbeiter, die wegen der Ver-  
hängung des Belagerungszustandes in den Ausstand getreten  
waren, die Arbeit wieder auf, nachdem eine wesentliche Erleich-  
terung des Belagerungszustandes zugestanden worden war. Die  
Lokomotivführer weigerten sich jedoch zu arbeiten, wenn nicht  
eine zweite Streikfrist bezogen würde. Die Direktion lehnte  
die Forderung ab, worauf die Lokomotivführer, die Kesselheizer  
auch die Kohlenarbeiter einstellten. Die Kohlen kamen  
sogar außer Betrieb. Es ereigneten sich drei schwere Explo-  
sionen. Die große Gasleitung wurde an mehreren Stellen  
stark zerföhrt. Die Betriebsfähigkeit des Werks wurde erheblich  
gestört.

**Offiziere aus dem Mannschafsstande.**

**W.B. Berlin, 10. Juni.** Die Regierung befehlt eine Anzahl  
Leutnantsstellen mit Unteroffizieren. Die erstere größere Rate  
Unteroffiziere wurde dieser Tage zu Leutnants befördert. Es  
sind dies alles erprobte Männer, die im Kampfe um Deutschlands  
Frieden in vorbestimmter Linie gekämpft haben und treu der Regierung  
bestanden, als schwere Erschütterungen den Bestand des Deutschen  
Reiches bedrohten. Der Reichswegminister sprach persönlich den  
Befördernden seine Glückwünsche aus und gab seiner Freude dar-  
über Ausdruck, daß endlich ein Ziel, für das er jahrelang ge-  
kämpft habe verwirklicht worden ist: die Ueberbrückung der Kluft  
zwischen Mannschaf Unteroffizieren und Offizieren. In einer  
ängeren Ansprache wies der Reichswegminister die Neubeförder-  
ten eingehend auf ihre Aufgaben hin, besonders darauf hin, zu  
arbeiten für ein starkes Band des Vertrauens das Reichswehr,  
Offiziere, Mannschaften und Dienst umschließt. Er legte u. a.  
den Neubefördernden die Pflicht ans Herz, die man jetzt von ihnen  
aus der Beförderung zu Offizieren erwartet. Durch große Tat-  
kraft, Einigkeit und Umsicht selbst zu beweisen, daß nur wirkliche  
Tüchtigkeit zu wahren Führern berechtige.

**Der Katholizismus und die neue Zeit.**

Von Stadtrat Dr. Dieck-Karlsruhe.

(Schluß.)

Gustav Eckstein behandelt das Hohoff'sche Werk in einer  
drei Spalten langen, durch Bebel veranlaßten, recht wohlwollen-  
den Besprechung im „Vorwärts“ vom 21. Februar 1909. Er  
faßt sein Urteil dahin zusammen: „Wäre Hohoff in einer anderen  
Umgebung aufgewachsen, er wäre Sozialdemokrat geworden und  
die Partei hätte in ihm einen scharfsinnigen, temperamentvollen,  
kennzeichnenden und charakterfesten Kämpfer gewonnen.“

Ueber Hohoffs Stellung zu Marx gibt im besten Auskuffe  
er selber in seinem Buch mit den Worten, „daß wir Marx nicht  
bloß für den größten und bedeutendsten Nationalökonom der  
Gegenwart, sondern für den meistaus größten und genialsten aller  
Zeiten halten. Das Marx'sche Lebenswerk, das „Kapital“, ist trotz  
der Schwächen und Kränkchen, die auch ihm wie allem Menschen-  
werk anhaften, die zweifellos wertvollste wissenschaftliche Leistung,  
welche auf dem Gebiete der politischen Ökonomie jemals erschienen  
ist.“ (S. 10.)

Dabei lehnt Hohoff als katholischer Geis-  
tlicher selbstverständlich den Materialismus  
und Atheismus, überhaupt die ganze philosophi-  
sche Stellung von Marx durchaus ab. Diese seine  
Stellungnahme und ihre Begründung dazu ist um so bedeutungs-  
voller, als sie zeigt — was sowohl von sozialistischer wie von kirch-  
licher Seite immer wieder bestritten worden ist —, daß es durch-  
aus möglich ist, die nationalökonomischen Grundgesetze und Ziele  
des marxistischen Sozialismus, d. h. der Sozialdemokratie, anzu-  
erkennen und zu vertreten, ohne sich mit der philosophischen, ma-  
terialistischen Begründung einzelner Bestandteile, welche neben  
der nationalökonomischen Begründung verläuft, zu identifizieren.

Was speziell die von kirchlicher Seite so viel angefeindete  
„materialistische Geschichtsauffassung“, den „hi-  
storischen Materialismus“, anlangt, so verkennt auch  
hier Hohoff nicht, daß es sich bei dieser „Geschichtsauffassung“ um  
eine Forschungsmethode handelt, welche mit ihrem Zurück-  
gehen auf die wirtschaftlichen Grundlagen aller Kultur- und poli-  
tischen Geschichte der Forschung ganz neue Möglichkeiten eröffnet  
hat und bei genügender Berücksichtigung der Rechts- und Moral-  
begriffe, der geschichtlichen und religiösen Traditionen jeder Epoche,  
der geographischen und sonstigen Naturinflüsse, wozu auch die  
Natur des Menschen gehört, neben dem Einfluß der Produktiv-  
kräfte und Produktionsverhältnisse geeignet ist, eine feste Grund-  
lage aller Wissenschaft zu schaffen: „wenn wirklich allen den ange-  
führten Momenten volle Rechnung getragen wird, dann wäre  
möglich gegen eine, wir wollen nicht sagen „materialistische“, sondern  
sagen lieber und besser „ökonomische“ Geschichtstheorie nichts einzu-  
wenden.“ (S. 16.)

**Bestattung Rosa Luxemburgs.**

**Berlin, 7. Juni.** Die Leiche der Frau Rosa Luxemburg  
wurde gestern, wie die „Post“ berichtet, von Jossen nach Berlin  
übergeführt, nachdem die Freigabe für die Beerdigung durch das  
Gericht der Gardebataillerieschützenkompanie erfolgt ist. Die Be-  
setzung soll am Freitag, 13. Juni, auf dem städtischen Friedhof  
in Friedrichsfelde, neben Viehmarkt, erfolgen. Eine Berliner Nach-  
richtenstelle sagt, daß am kommenden Freitag die Arbeit in sämt-  
lichen Fabriken Großbetriebs eingestellt werden soll. Man plant  
vor und nach der Beerdigung an diesem Tage die Abhaltung riesi-  
ger Trauerfeiern unter freiem Himmel. Die Kommunisten wol-  
len sich mit einem Aufruf an das Proletariat von Deutschland,  
Rußland, Frankreich und England wenden, um gleichzeitig am kom-  
menden Freitag Trauerfeiern in diesen Ländern für die getötete  
Führerin zu veranstalten.

**Räumung Lettlands.**

**W.B. Berlin, 10. Juni.** In der Frage der Räumung  
Lettlands von deutschen Truppen hat Reichsminister Erzberger  
durch General Freyber von Hammerstein in Spa folgende Note  
überreichen lassen: Ich bitte Herrn General Rubant, folgende  
Note Marschall Hoch vom 29. 5., welcher die Verbeibehaltung der  
deutschen Streitkräfte in Litauen und Lettland nördlich einer be-  
stimmten Linie fordert, muß die deutsche Regierung auf ihrem  
Standpunkt verharren, daß sie auf Grund des Artikels 12 des Waf-  
senstillstandsvertrags das Recht hat, die eingeleitete und bereits  
in Ausführung begriffene Räumung der vor dem Krieg zu Ruß-  
land gehörenden Gebiete durchzuführen. Die Berechtigung dieser  
Ausführung ist von der deutschen Regierung bereits verschiedentlich  
behandelt. Ich verweise besonders auf meine Noten vom 27. 12.  
1918 und 28. 5. 19. Die deutsche Regierung bernaht daher auch  
nicht anzuerkennen, daß sie auf Grund des Waffenstillstandsver-  
trags gebunden ist, Weisungen über die Art der Räumung ent-  
gegenzunehmen, wenn sie auch keine Bedenken betragt, das südlich  
der mitgeteilten Linie genannte Gebiet zuerst aufzugeben. Die  
Planmäßige Räumung Litauens und Lettlands wird voraussichtlich  
in 6 bis 8 Wochen beendet sein. 2. Bezüglich der Bedingungen  
für die Anweisungen des Generals von der Goltz habe ich folgendes  
mitzuteilen: General Graf von der Goltz hat Befehl, sich in innere  
Angelegenheiten Lettlands nicht zu mengen. Er kann also die  
Einziehung einer Regierung weder erleichtern, noch erschweren.  
General Graf von der Goltz hat keinerlei Waffen der lettischen  
Truppen zurückbehalten. Die feinerzeit vom Freikorps Pfeffer  
den Letten abgenommenen Waffen sind, nach Weisungen des  
Hauptmanns Pfeffer, in der von den Letten besetzten Kaserne zu-  
rückgelassen. Die Stärkung der lettischen Armee ist durchaus  
in unserem Sinne. Eine allgemeine Mobilisierung muß nur, so lange  
wir im Lande sind, jenseit verhindert werden, daß die zwangsweise  
Aufhebung des Wehrdienstes gesunder Leute unsere Truppen nicht  
gefährdet. General Graf v. d. Goltz hat lediglich die Verantwortung  
für Führung und Schutz unserer Truppen. Soweit beide  
nicht berührt werden, hat er sich um die lettische Regierung nicht  
zu kümmern und sie in ihrer Tätigkeit nicht zu behindern. 3. Wei-  
den im Telegramm des Marschalls Hoch vom 28. 5. erwähnten  
Zusammenziehungen handelt es sich um Formationen, die insge-  
samt aus den baltischen Provinzen abbeordert sind. Reichsmini-  
ster Erzberger.

**Einberufung der deutschen Nationalversammlung.**  
Präsident Ebert hat die Mitglieder der Nationalver-  
sammlung erachtet, am Donnerstag, den 12. Juni in Weimar  
anzukommen zu sein. (Wiederholt, weil gestern verflümmelt wie-  
dergegeben.)

**Zu den Separationsbestrebungen in den besetzten Gebieten.**

Trotzdem die Bemühungen zur Gründung einer rhein-  
ischen Republik als völlig erfolglos zu beenden sind, läßt man sich  
in Paris, wie aus Berichten von dort zu erkennen ist, nicht  
ermüden und versucht auf jede Weise Stimmung gegen uns zu  
machen.  
Des Weiteren fordert die Standhaftigkeit und Treue zum  
deutschen Volk immer weitere Opfer. Zu den bisherigen gestellt  
sich ein brutales Urteil, das gegen Hans Wilske vom „Rhein-  
Vollkollert“ in Speyer gefällt wurde. Wegen seiner Rede bei  
einer Demonstration erhielt er 6 Monate Gefängnis und 1000  
Frank Geldstrafe. — Der Gemeindevertreter Stadler in Nied-

bei Höchst a. M., wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt,  
weil er nach Ansicht des französischen Militärgerichts nicht zur  
Verhinderung des stattgefundenen Generalfreitags, um den er  
gewußt haben soll, getan hat. Stadler wurde bei seiner Ver-  
urteilung von den französischen Soldaten furchtbar mißhandelt.  
Daß die Franzosen in der Wahl ihrer Soldatenbildung  
nicht wählend sind, beweist ein Fall von Ludwigshafen, wo  
der französische Major ein echter Reichsdeutscher ist  
und von sozialdemokratischen Zeitungen die von ihm anbe-  
tragene Mitarbeit abgelehnt wurde infolge seiner „rechtsbewußten“  
Gesinnung. Man behauptet in eingeweihten Kreisen, daß die  
Verhaftung des sozialdemokratischen Redakteurs Steffen in  
Ludwigshafen auf die Denunziation des Benjols Zimmer-  
mann hin erfolgte.

An Rundgedungen, die ganz entschieden gegen die  
hochverräterischen Treberien Stellung nahmen, sind mehrere  
zu verzeichnen, so z. B. eine von der Bürgermeisterei und den  
Bürgern der Stadtverordnetenversammlung in Mainz, in  
der erklärt wird, daß sie die Rhein. Republik nicht anerken-  
nen. General Mangin nahm diese Erklärung zur Kennt-  
nis, verbot aber die Veröffentlichung derselben. — Im Gegen-  
satz zu dieser Abgabe ist eine recht zweideutige Zen-  
trumserklärung zu erwähnen, die der Vorstand des i.  
nassauischen Wahlkreises abgab. Hier heißt es u. a.  
Eine Rheinische Republik im Verbände des deu-  
tschen Reiches dürfte nur in freier Volksabstim-  
mung geschaffen werden. Noch heute verlangen wir  
die freie Volksabstimmung. Wir verlangen sie als  
Nachsartigung und Befähigung auch für den Fall, daß die  
ausgerufene Regierung die Macht erlangen sollte.  
Zu dem Gedanken eines großen westdeutschen Frei-  
staates innerhalb des Reiches bekennen wir uns freimütig  
und offen.

Eine entschiedene Abgabe an die Separationskämpfer wird  
man aus dieser Erklärung der liberal-kapitalistischen Zentren  
wohl schwer herausfinden.

Auch der Vorstand des preussischen und deutschen  
Städtebundes drückt sich in einem Telegramm an Präsi-  
dent Ebert gegen die Lösungsbestrebungen der Rhein-  
lande aus.

**Ein Aufruf badischer Frauen.**

**W.B. Karlsruhe, 10. Juni.** Frauen aller Parteien  
Badens haben nachstehenden Aufruf an die Frauen der Rhein-  
lande und der feindlichen Länder gerichtet:  
Nach einem furchtbaren Weltkrieg, der auch den Frauen  
aller kämpfenden Völker Opfer ohne Gleichen auferlegt, hat  
unser Vaterland unter dem Vertrauen auf die 14 Punkte  
Wilsons die Waffen gestreckt. In dem Gebanten,  
daß das Leben wieder voller Licht und segenspendender  
Arbeit sein darf, haben wir Frauen und Mütter aufgeta-  
melt, hoffend auf einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit.  
Wir sind bitter enttäuscht worden. Was unsere Gegner jetzt  
fordern, ist grauenvolle Verstärkung unserer Lebensmöglichkei-  
ten, ist Verflachung der lebenden und zukünftigen Geschlechter,  
ist Schacher mit Land und Volk.  
Gattinnen, Mütter, Schwestern aller Neutralen und un-  
terer Gegner, Ihr seid gewiß einig mit uns, daß dem kom-  
menden Geschlecht ein Krieg, wie wir ihn erlebt haben, er-  
barmt bleiben sollte; helft mit, daß dieser Friede nicht die  
Saat neuen Giftes aufgehen lasse; helft mit, daß der Friede  
ein Friede der Veröhnung werde und sich durch ihn ein Ideal  
gegenseitigen Vernehmens der Völker verwirklichen kann.  
Die Frauen aller Parteien.

**Kleine Nachrichten.**

Aus dem preussischen Schulwesen. Die gegenwärtigen neben-  
amtlichen preussischen Kreisinspektoren, die nicht Fachleute  
sind, werden vom 1. 10. ab von inneren Dienstverhältnissen ent-  
bunden. Mit dieser Regelung ist, wenn auch nicht die hauptamt-

lichen Sozialismus und von seiner Vereinbarkeit mit Religion  
und Christentum überzeugt haben, so ist kein Grund vorhanden,  
warum sie nicht als gleichberechtigte und anerkannte Mitarbeiter  
und Führer neben den anderen, gleichgültig welchen sonstigen  
philosophischen und religiösen Anschauungen hingesehen sol-  
ten. Von einer „Daseinsprüfung“ lediglich als „Geburde“, wie  
Kater Sigmund (Seite 11 Abs. 1) furchtet, kann gar keine  
Rede sein, am wenigsten in einer Kampfpartei, wo jeder sich selber  
seinen Wert schafft. Lehnt dagegen Kirche und Geistlichkeit auch  
heute die Mitarbeit in der Sozialdemokratie trotz Hohoff und  
„neuer Zeit“ grundsätzlich ab und überläßt sie die geistige  
Führung ausschließlich der großen Menge der materialistisch und athei-  
stisch interessierten oder indifferenten geistigen Führer, so darf sie  
sich auch über das hieraus notwendig folgende Ergebnis und die  
Stellung der Massen zu Religion und Christentum nicht  
beklagen.

Ausführungen vollends, wie die von Dr. Rehbach auf der  
Bezirksversammlung der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-  
vereine in Karlsruhe vom 25. Mai 1919, die — nach dem Bericht  
des „Badischen Beobachters“ Nr. 246 vom 28. Mai 1919 — darin  
gipfeln: „Deshalb wäre es das Beste, wenn wir uns nicht  
aufgeben könnten, wenn wir Sozialisten wären. Die Sozialisten  
sollen zu uns kommen“, zeigen, daß es auch „führenden“  
Geistern vollständig verborgen geblieben ist, warum es sich heute  
dreht: nicht darum, noch einige katholische Stimmen für die So-  
zialdemokratie zu gewinnen — die Katholiken sind längst zu hun-  
derttausenden Mitglieder der Sozialdemokratie —, sondern un-  
geachtet darum der Kirche und der Religion in der Sozialdemokratie  
bei denen kirchlich und religiös interessierten Mitgliedern diejenige  
Stellung und Wertschätzung zu erhalten oder wieder zu erwerben,  
die sie Dank der Bekämpfung- und Abwehrgestaltung bei Millio-  
nen endgültig zu verlieren im Begriffe sind.

**Der monarchische Zauber.**

Des Volksstaats Führung wird darüber klar sein,  
Daß viele ihr mit Willen dienen;  
Solang Mißnarrer mit verdorrten Wien  
Am Freistaat mähen, wird er in Gefahr sein.  
Pfahlbürger saßen gern, und das muß wahr sein,  
Das neue Haus baldmöglichst in Zumen,  
Sie möchten wieder, fürstengleichbedienten,  
Tragstühlen für den Thron und den Altar sein.  
Der echte Unterbau läßt sich nicht leiten  
Von feinesgleichen; er verachtet eden,  
Der nur ein Jübißt, wie er, im Frad ist;  
Er schwärmt für „gottgegebene“ Obrigkeiten;  
Ihn dürfen Fürsten in den Hintern treten,  
Wem nur der Schuß dabei von feinstem Kad ist.  
Erdinand Madina.

Mit dieser Bestimmung hat aber Hohoff dem Katholizismus  
den Weg in die „neue Zeit“ gewiesen. Das Tor ist geöffnet.  
Millionen von Kämpfenden — auch Katholiken — streben dem  
großen Ziele des Sozialismus zu. Ob sie in philosophischer  
und religiöser Hinsicht von materialistischen und atheistischen Anschau-  
ungen geleitet und geführt werden oder nicht, hängt im wesent-  
lichen von der Stellung der Kirche und Geistlichkeit zu der Be-  
wegung und in der großen Bewegung ab. Arbeiten beide in den  
Reihen des kämpfenden Proletariats mit, nachdem sie sich mit  
Hohoff von der Notwendigkeit und Zielgerechtigkeit des marxi-

...so doch die schamlose Schulauflösung in Preußen nun durch-

Aufgehobenes Goldausfuhrverbot. Präsident Wilson hat das

Eine Rundfrage des Zentralrats. Der Zentralrat der deutschen

Eine amerikanische Meldung. Wie das Pressebüro Radio aus

Ein deutschfeindlicher Probst. Der Probst Glösel aus Uff rief

Jugendtod einer berühmten Revolutionärin. In Stockholm ein-

Der achte deutsche Passivistenkongress kann nach den bisherigen

Heimkehr aus Südwestafrika. Gestern nachmittag sind in

Streik in Ägypten. Der "Morningpost" wird aus Kairo

"Mutterkinder". Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: 60 000

Der Parteivorstand an den Parteitag.

Noch inmitten der unglückseligen Kriegswirren fand der letzte

Der allgemeine Teil des Berichts erscheint wie eine

Als treuer Berater in so bewegter politischer Zeit stand dem

schaft mit dem Vorstand und der Fraktion die Richtlinien für die

Das Kapitel über die internationale Verständigung erweist im Bericht

Den Aufbau der Organisation lassen einige

Nehr denn je ist die Bildungsarbeit in der Partei

Die Wahlen zur Nationalversammlung, zu den Landtagen

Ueber die Parteipresse kann berichtet werden, daß die

Aus allen Teilen des Vorstandesbericht an den Parteitag spricht

Baden.

Vom Kölibat der Lehrerinnen.

Eine überaus zahlreiche Besuche Versammlung der Abteilung

Auch unter den Lehrerinnen selbst sind, trotz der überraschend

Die angebotene Demonstration fand gestern Dienstag statt.

merdung ist. Insofern sei der Ruf der Lehrerinnen nach Auf-

Frau Kern formuliert die zu stellende Forderung dahin:

Dieser Anschauungen und Beweisführungen Kerns können

Veränderung in der Leitung der Landesversicherungsanstalt

Offenburg, 7. Juni. Die Drechslermeister der Bezirke

Für die heimkehrenden Kriegsgefangenen hat das Generals-

Ausfuhr von Hausgerät der vertriebenen Elsaß-Lothringer.

Demonstration der Lazarettinsassen Baden-Badens.

r. Baden-Baden, 5. Juni. Heute nachmittag fand hier eine

Aus der Partei.

Gegen die Demonstration der U.S.P. und Kommunisten

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei erläßt einen

Die angebotene Demonstration fand gestern Dienstag statt.



Todes-Anzeige.

Sechs Wochen nach dem Tode unseres lieben Gatten und Vaters erhielten wir jetzt erst die schmerzliche Nachricht, dass mein lieber Sohn, unser unvergesslicher Bruder, Schwager und Onkel Otto Weber, Betriebsassistent der sich 41 Monate in französischer Gefangenschaft befand, infolge seelischer Depression am 1. September ins Lazarett eingeliefert wurde und noch die Grippe und Lungentzündung dazu kam, in St. Gemmes am 12. Oktober 1918 gestorben ist.

In tiefer Trauer: Frau Sofie Weber Witwe, geb. Seitz, Wilhelm Weber, z. Zt. in engl. Gefangenschaft, Hans Weber und Frau Anna, geb. Westermann nebst Kinder, Kuno Weber und Frau Frieda, geb. Kalt nebst Kinder. Karlsruhe, 10. Juni 1919. Trauerhaus Luisenstrasse 50, 3. Stock.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter Filiale Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir Benachrichtigen hierdurch unsere Mitglieder, daß unser Kollege Karl Wohlwend gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 1/4 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Trauerhüte

in reicher Auswahl stets vorrätig L. Weingand, Karlsru.-Mühlburg.

Uhren-Reparaturen werden pünktlich und billig unter Garantie ausgeführt. Uhren werden angekauft. J. Klaus, Uhrenmacher, Hauptstr. 20.

Perfekte Stenotypistin zum sofortigen Eintritt gesucht. Gest. Angebote unter Nr. 4158 an das Volksfreund-Büro.

Taschenuhren wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraubs 2313 Alt- u. Verkaufsgeschäft.

Blinden-Arbeit, Haushaltung, Wästen und Nähhaar-Wästen empfiehlt Wih. Boos, Viktoriastr. 6.

Gebr. Herd und Firmenschild zu verkaufen. Angartenstr. 18, 515. 11.

Rüchenschränke abzugeben Baumeisterstr. 52, 2. St. Gänzer verbeten.

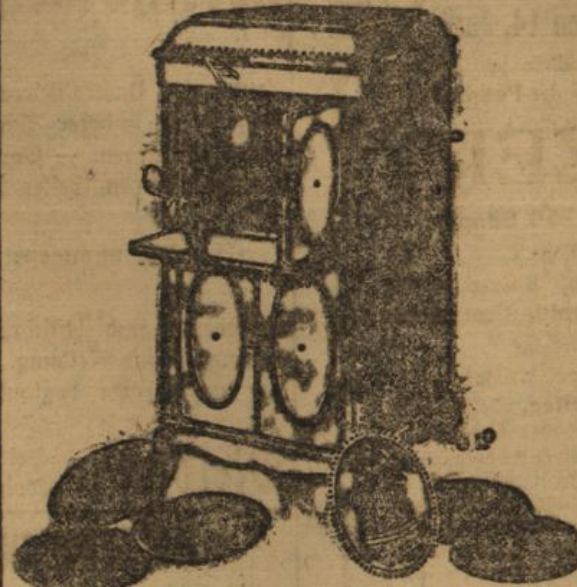
2 Ziegen, frische Melken, preiswert zu verkaufen. 4164 Peterheim, Breitestr. 67, 2. Stod.

Zwirn fein Papier, 100 Stücke nur 20.- Fr. Moths, Gefell, 154 Vogtl. 4133 Z.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34, 1 Tr. Kinder-Kleider Reichsware, alle Größen.

Druckmaschinen liefert die Buchdruckerei des Reichs.

Sind Sie musikalisch? Denn hören Sie einen Odeon-Musikapparat mit Odeon-Musikplatten.



Odeon-Musikhaus Karlsruhe Kaiserstrasse 175 Telefon 389.

Matratzen

prima Ausführung, eigene Horstellung 5752 in besten Stoffdrellen und in vorzüglichen Ersatz-Geweben im Belfenhaus Buchdahl, Kaiserstraße 164. Nähe Hauptpost.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 11. Juni 1919. 4168 Hohheit tanzt Walzer. Operette in 3 Akten von J. Brammer und A. Grünwald. Musik von Leo Ascher. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Welt-Kino

Kaiserstrasse 133. Mittwoch, den 11. Juni bis einschliesslich Freitag, den 13. Juni:

Jimmy Valentine das Rätsel der Kriminalistik Spannender Detektivschlager in 5 Akten.

Der Herr Direktor Lustspiel in 3 Akten. 4165

Schneider auf Großstücke sucht Hans Leyendecker Kaiserstraße 161. (Schäfte Lohnsätze).

Rasier-Apparate, Klingeln, Pinsel, Becken, Briel-Taschen, Geld-Taschen. Nord-Stahlgesellschaft m. b. H. Karlsruhe, Kaiserstr. 21.

Herren-, Damen- und Knaben-Garderobe, Veränderungen und Reparaturen werden schnell und billig angefertigt bei Anton Rubin, 4162 Hauptstr. 20, 1. St.

Mandoline billig abzugeben. 4152 Feiler, Hübschstraße 20.

Residenz-Theater

Spielpläne vom Mittwoch. Waldstr. 30, Schillerstr. 22, Durlach. Der berühmte Detektiv Joe Deebis in seinem schönsten Film Das Auge des Götzen in 4 Akten. Wenn der Bräutigam mit der Braut reizendes Lustspiel. In den Hauptrollen Melita Petri, Leo Peukert, Herbert Paulmüller.

Kartoffel-Versorgung.

Bis zur neuen Ernte werden keine Kartoffelmärkte mehr ausgegeben. Es wird deshalb gegen die laufende Kartoffelmarke 113 a, b und 114 c, d, der Bedarf für 8 Wochen mit zusammen 25 Pfund für eine Person in den bekannten Verkaufsstellen verabfolgt. An Haushaltungen, deren Kartoffelvorrat erschöpft ist, werden in den nächsten Tagen weitere beschränkte Kartoffelmengen zum Preis von 40 Pf. für das Pfund im Kartoffelamt, Kaiserallee 11, in der Zeit von 8 bis 4 Uhr gegen Vorlage der Lebensmittelausweisarte abgegeben. Dringend erforderlich ist, daß der Einkauf in den Geschäften sowohl, als im Kartoffelamt, bis spätestens 15. Juni erfolgt ist. Eine Gewähr für spätere Belieferung kann nicht übernommen werden. Karlsruhe, den 4. Juni 1919. 4040 Städt. Kartoffelamt.

Die Kartenstelle

des Kommunalverbandes Karlsruhe-Stadt ist ab 11. Juni 1919 vom kleinen Festhallaesaal in die Räume des früheren Hotels Kaffee Rowack, Eingang Eitingerstraße, verlegt. Karlsruhe, den 10. Juni 1919. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Fleisch-Verteilung.

Infolge erhöhter Zufuhr in den letzten Tagen kann diese Woche — entgegen unserer ersten Bekanntmachung — eine Fleisch- und Wurstverteilung erfolgen. Es werden ausgegeben: 75 g Fleisch gegen 1/10 Fleischmarken, 50 g Wurst gegen 1/10 Fleischmarken. In den Wursterei-Geschäften Gartner und Hippelius erfolgt die Ausgabe von Wurst für diese Woche erst ab Montag, den 16. Juni 1919 in der eingetragenen Reihenfolge. Karlsruhe, den 10. Juni 1919. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Gesucht

werden für sofort und später Köchinnen für Privat Zimmermädchen Mädchen z. Anternen

Städtisches Arbeitsamt Weibl. Abteilung Zähringerstr. 100.

Bohnenstangen

lannene, runde Bodenstämmchen 3 bis 4 Meter lang, fertig gesägt, sind eingetroffen und wird jedes Quantum zu billigsten Preisen abgegeben. Hermann Langendorf 4095 Neue bei Durlach. — Telefon-Kant Durlach 448.

Die Volksbuchhandlung

Karlsruhe, Adlerstraße 16, empfiehlt aus der Lehrmeister-Bücherei: Seidfadens der Bienenzucht, Mit 23 Abb. 80 S. (Nr. 10/11), Die Milchverwertung im Haushalte (Käsebereitung), Mit 26 Abb. 120 S. (Nr. 396/8), Handbuchs der Käsebereitung, 80 S. (Nr. 394/5), Die Geflügelzucht, Mit 12 Abb. 80 S. (Nr. 358/9), Billige Fleischherstellung, 40 S. (Nr. 320), Kochrezepte u. Kochbücher, Mit 7 Abb. 40 S. (Nr. 346), Hauswirtschaft, Mit 77 Abb. und 4 Schilddrüsenaufnahmen, 120 S. (Nr. 338/9), Anleitung z. Handarbeit, Mit 145 Abbildungen, 120 S. (Nr. 208/10), Arbeiten aus Seidenstoffen, Mit 9 Abb. 40 S. (Nr. 73), Schlofferarbeiten für den Hausgebrauch, Mit 113 Abbild. 80 S. (Nr. 71/2), Tischlerarbeiten für den Hausgebrauch, Mit 42 Abb. 40 S. (Nr. 133), Aufschubkuchen, Mit 14 Abb. 40 S. (Nr. 223), Die Krankheiten der Obstgewächse, Mit 45 Abb. 80 S. (Nr. 58/9), Schädlings des Bienenstockes, Mit 15 Abb. u. 1 Farbtafel, 80 S. (Nr. 21/2), Monatskalender der Obstbau, 40 S. (Nr. 45), Geflügel-Krankheiten, Mit 81 Abb. 120 S. (Nr. 92/4), Die natürliche Brut und Aufzucht der Bienen, Mit 14 Abb. 40 S. (Nr. 255), Die künstliche Brut und Aufzucht, Mit 27 Abbildungen, 40 S. (Nr. 130), Studien - Kuchenzucht mit selbstgefertigtem Brutapparat, Mit 28 Abb. 80 S. (Nr. 365/6), Fackelbrenner. Anleitung zur Selbstanfertigung, Mit 86 Abb. 80 S. (Nr. 391/2), Tomatenzucht, Mit 25 Abbildungen, 40 S. (Nr. 238), Preiselbeeren, Zuckerkuchen, Mit 10 Abb. 40 S. (Nr. 399), Seimarbeiten f. den Garten, Mit 80 Abb. 40 S. (Nr. 275), Kuhzucht, Mit 83 Abb. 80 S. (Nr. 256/3), Die wichtigsten Ferkelzuchtarten u. ihre Anwendung, Mit 34 Abb. 40 S. (Nr. 244), Spalter- und Zwerghoch, Mit 25 Abbild. 40 S.

Nach Einendung d. Betrages und 10 S. Porto in Briefmarken erfolgt prompte Lieferung. (Nachnahme besterwert.)

**Bekanntmachung.**

Nr. 550, 4. 10. R.N.N. Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292) und auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. Nov. 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1304) wird folgendes angeordnet:

**Artikel I.**

In der Bekanntmachung Q 1. 6. 17. R.N.N. vom 25. Sept. 1917, betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korkholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen, tritt in

- § 8 Absatz 2,
§ 4 Satz 2,
§ 5 Ziffer 1,
§ 6 Absatz 1, Satz 1 und 3,
§ 7 und
§ 8 Absatz 1 und Absatz 2, Satz 3

an die Stelle des Königlich Preussischen Kriegsministeriums und der „Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums“ das „Reichswirtschaftsministerium in Berlin“ und in

- § 5 Ziffer 2, Satz 1 und 2,
§ 18 Absatz 2, und
§ 16

an die Stelle der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, (Berlin W 50, Nürnberger Platz 1) und des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Kriegsrohstoff-Abteilung, Sektion Q die „Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Rudapesterstr. 1“.

**Artikel II.**

In der Nachtragsbekanntmachung Nr. Q 1. 5. 18. R.N.N. vom 18. Mai 1918, betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korkholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen, tritt in

- Artikel I § 5 Ziffer 3, Absatz 1, Satz 1 und Absatz 2, Satz 2 und 3

an die Stelle der „Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums“ und der Kriegsrohstoff-Abteilung“ das „Reichswirtschaftsministerium in Berlin“ und in

**Artikel V § 11**

an die Stelle der „Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1“ die „Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Rudapesterstraße 1“.

**Artikel III.**

In der Bekanntmachung Q 2/6. 17. R.N.N. vom 5. September 1917, betr. Höchstpreise für Korkabfälle und Korkerzeugnisse, tritt in

- § 5
an die Stelle des „zuständigen Militärbeschlüßhabers“ das „Reichswirtschaftsministerium in Berlin“ und in

an die Stelle der „Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Sektion Q in Berlin, E.W. 48, Berl. Seemannstraße 10“ die „Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Rudapesterstraße 1“.

**Artikel IV.**

Diese Bekanntmachung tritt am 30. April 1919 in Kraft.
Berlin, den 30. April 1919.
Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung.
Im Auftrage:
Wolffhügel.

**Für Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen**

wird in Baden eine große Zahl von **Ärzten und Sanitätsunterpersonal**

bei Abnahmecommissionen (Mannheim, Offenburg und Konstanz), Durchgangslagern (Mannheim, Rauberbüschhofheim, Karlsruhe, Rastatt und Heuberg) und in Lazaretten gesucht.

**Helft unseren Kriegsgefangenen zur schnellen Rückkehr in Heimatsort und Familie.**

**Beschleunigte Entlassung der Heimkehrenden hängt von der Zahl des Sanitätspersonals ab.**

Ärzte wollen sich sofort schriftlich an das Sanitätsamt XIV. A. K. wenden unter Angabe der Art und des Ortes der gewünschten Verwendung. Lazarettbeschäftigung läßt nebenamtliche Dienstleistung zu, Dienst im Durchgangslager nicht. Bei Abnahmecommissionen tätige Ärzte müssen jederzeit — auch nachts — auf Abruf zur Verfügung stehen.

**Beginn:** Vom Beginn der Gefangenenauslieferung abhängig.

**Dauer:** Unbestimmt, von Auslieferungsfolge durch die Gegner abhängig.

**Vergütung:** 10—20 M. täglich am Wohnort des Arztes 15—25 M. täglich außerhalb, je nach Art der Dienstleistung.

**Sanitätspersonal:** Entlassene Sanitäts-Unteroffiziere, Militär-Krankenwärter, Heilgehilfen, Krankenpfleger, Krankenräuber, Angehörige von Sanitätskolonnen usw. wird von der Sanitätsabteilung 14 angeworben.

Bei schriftlicher Meldung Angabe über bisherige und jetzt gewünschte Verwendung. Wünsche werden weitestgehend berücksichtigt. Ausweise und Zeugnisabschriften beifügen.

**Vergütung:** Ortsübliche Lohnsätze. Einstellung erfolgt als Zivillangestellter auf Vertrag. **Generalkommando XIV. A. K. IVb 1b**

**Neu eingetroffen!**  
**Kautabak**  
tabellose Ware.  
**Zigarrengeschäft Störzinger**  
Karlsruhe 49 (am Karlsruher). 4131

**Sängerbund Vorwärts Lassallia Karlsruhe.**  
Samstag, den 14. Juni  
abends 8 Uhr, Saalöffnung 7 Uhr  
im grossen Saale der Festhalle  
**KONZERT**  
Männerchor: 250 Sänger.  
Direktion:  
Herr Willy Eißler, Konzertmeister.  
Herr Arthur Herbold, Chorleiter.  
Mitwirkende:  
Herr Benno Ziegler, Bariton.  
Herr Paul Trautvetter, Cello-Solist.  
Mitglieder des Landes-Theaters.  
Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind im Vorverkauf in den Musikalienhandlungen Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstr., Franz Tafel, Kaiserstr. 82a, in den Vereinslokalen „Auerhahn“, Schützenstr. 58 und „Ordnung“, Ruppurrerstr. 2, in den Restaurants „Grossherzog Friedrich“ (Röhrig), Vellchenstr. 9 und „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstrasse 13, sowie an der Abendkasse zu erhalten. Preis Mk. 1.50.  
Für Mitglieder und deren direkte Angehörige werden Programme nur an der Kasse, Garderobe-Eingang, gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches zum Preise von 50 Pfg. abgegeben.  
Nach Schluss des Programms **TANZ.**  
**Die Vorstände.**  
NB. Wir verweisen unsere Mitglieder auf die ihnen zugehenden Rundschreiben.

**LU L**  
**Luxem Lichtspiele**  
Kaiserstr. 168. Telefon 3985.  
Mittwoch bis Freitag, nur 3 Tage!  
**Fred Horst's**  
neuestes Abenteuer  
**Extrablatt!**  
**Fred Horst ermordet!**  
Detektivdrama in 4 Akten.  
In der Hauptrolle: **Bruno Eichgrün** als 4158  
**Detektiv Fred Horst**  
Die sensationelle abenteuerliche Handlung halten den Zuschauer in atemloser Spannung.  
**Eine Märtyrerin.**  
Dramatisches Lebensbild in 3 Akten.  
Nordischer Kunstfilm.  
**Künstler-Kapelle.**

**Neu! Die Nachtzeit! Neu!**  
Kunstformen. Für den Handel freigegeben. Ca. 50 verschiedene entzückende Sujets. 20 Stück M. 3.50; 100 Stück M. 10.— franco Nachn. Kuffchen erregende Naturaufnahmen! 20 Stück M. 7.—; 100 Stück M. 30.— franco Nachnahme.  
2 mal beflaggt! 1061 Bilde! Bisher 700 000 nahm gesehen! Stück verkauft.  
In 10 Bänden zusammengefasst M. 8.50; 100 Stück M. 20.— Wiederverkäufer bedeutend bill. Briefe Müller & Winter, Abteilg. T. 1, Leipzig, Arncliffe 68

**Keine Wanzemehr** für Mk. 2.—  
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodal u. II zu erzielen.  
**Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.**  
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.  
Doppelpack M. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Bett.  
**Verkauf:** Fidelitas - Drogerie, Karlstr. 74, Drog. Rud. W. Lang, Kaiserstr. 72.  
Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postscheckkonto Berlin 31286, portofreie Zusendung nach auswärts durch Herm. A. Grossel, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

**Achtung! Luftschiffer Achtung!**  
meldet Euch als Freiwillige für den in Weinheim aufzustellenden  
**Reichswehrballonzug Nr. 16.**  
**Gesucht werden:**  
Leutnants, Unteroffiziere und Mannschaften der Luftschiffertruppe, auch Angehörige anderer Waffen und ungediente Mannschaften, letztere nicht unter 18 Jahren. — Vor allen Dingen sind erwünscht: Fahrer, Maschinengewehr-Schützen, Seiler, Motorflösser, Telephonisten, Handwerker aller Art, gewandte Schreiber.  
**Bedingungen:** Dieseben wie für die übrige Reichswehr. Strenge Disziplin.  
Erforderlich sind Militärpaß und Leumundzeugnis für die Zeit der Entlassung bis zur Meldung. Minderjährige bedürfen außerdem der schriftlichen von der Behörde beglaubigten Erlaubnis der Eltern. Entlassungs-Anzug mitbringen.  
**Meldung:** Bei der **Verbezentrale 14. Armee-Korps Durlach, Friedrichs-Schule, Zimmer 26 a.** 4013

**Zahlungsaufforderung.**  
Das fünfte Gehalt der Besitztsteuer ist am 1. Juni fällig geworden. Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge spätestens bis zum 14. Juni zu entrichten. Ist bis dahin nicht gezahlt, so muß nach gesetzlicher Vorschrift die Betreibung eingeleitet und Veräumnisgebühr angelegt werden. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargelblos. In Kriegsanteile kann die Besitztsteuer nicht entrichtet werden. Auf Antrag kann in den dazu geeigneten Fällen der fällige Betrag gegen Sicherheitsleistung gestundet werden.  
Karlsruhe, den 6. Juni 1919. 4160  
**Hauptsteueramt - Finanzamt.**  
**Die Gemeindefagd in Anielingen betr.**  
Friedrich Frei von Anielingen wurde heute als Jagdhüter für den 2. Jagdbezirk in Anielingen verpflichtet.  
Karlsruhe, den 2. Juni 1919. 4189  
D. 3. 185  
**Bezirksamt.**

**Das Baden im Rhein betr.**  
Nach der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 28. Mai 1865 ist das Baden im Rhein nur an den von der Ortspolizeibehörde bezeichneten Plätzen erlaubt. In Anwendung dieser Bestimmung machen wir darauf aufmerksam, daß der freie Rhein außerhalb des städtischen Schwimmbades bei Maxau von der Ortspolizeibehörde nicht als Badeplatz bezeichnet, und daß somit das Ginnassschwimmen in den freien Rhein verboten ist.  
Das Aufsichtspersonal ist angewiesen, jede Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot hierher zur Anzeige zu bringen.  
Wir werden Zuwiderhandlungen gemäß § 75 P. St. G. B. bestrafen.  
Karlsruhe, den 1. Juni 1919. 4188  
D. 3. 183. **Bezirksamt.**

Dem Viehhändler Nathan David hier wurde gemäß § 1 der Verordnung des bad. Ministeriums des Innern vom 27. Februar 1916, vorbehaltlich jedw. zeitigen Widerspruchs, die Genehmigung zum gewerbsmäßigen Viehhandel in den Grenzen der einschlägigen Vorschriften erteilt.  
Karlsruhe, den 2. Juni 1919. 4170  
D. 3. 189 **Bezirksamt - Polizeidirektion.**

**Männer-Trikothemden,** grau 4151  
**Frauen-Hemden** } farbig  
**Frauen-Beinkleider** }  
**Frauen-Arbeitschürzen**  
**Alles Reichsware**  
empfiehlt sehr preisw., solange Vorrat  
**Jacob Wertheimer**  
Manufakturwaren  
Ettlingerstraße 27, part.

**Zwei tüchtige** 4142  
**Modell-Schreiner**  
finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei  
**Christoph Hafner, Gröbningen,**  
Modellschreiner mit Maschinenbetrieb.

**Bledner u. Installateur**  
wirkl. tüchtig und selbständig, kann bei dauernder Arbeit sofort oder später eintreten. 4150  
**Leonb. Baumann, Akademiestr. 16.**

**Empfehle mich zum Ankauf von Offiz. Uniformen Schmutzsachen aller Art Wäsche usw**



**Gesell. Angebote erbitte!**  
**Weintraub's**  
**An- u. Verkaufsgeschäft,**  
Kaiserstr. 52  
Telefon 3747

**Galerie Moos**  
Kaiserstrasse 187 L.  
**41. Sonderausstellung Juni 1919**  
Prof. Casp. Ritter  
Prof. Ernst Schurth  
Paul Wehrle  
Werktags: 10-6 Uhr.  
Sonntags: 11-1 Uhr.

**Schlafzimmer**  
**Wohnzimmer**  
**Küchen**  
in grosser Auswahl und zu billigsten Preisen bei freier Lieferung auch nach auswärts. 4147

**Möbelhaus**  
**Gebr. Bär**  
Kaiserstrasse 111 und 113  
Eingang Adlerstrasse  
Telefon 4997.

**Seife** darf keine werden, aber **Vertreter** welche täglich 50 Mark verdienen wollen, schreiben an **Verkaufshaus „Rhenania“** Schenkenszell (Baden).